



Positionen der IHK Halle-Dessau zur Bundestagswahl 2021

Standortpolitik



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

www.halle.ihk.de



Wege aus der Corona-Krise

POSITIONEN DER IHK HALLE-DESSAU ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

Inhalt

4 Präambel



6 Mit hervorragenden Fachkräften!

- 8 Arbeitsmarkt
- 10 Demografie
- 12 Schulen und Hochschulen
- 14 Aus- und Weiterbildung



16 Durch mehr Investitionen und Innovationen!

- 18 Infrastruktur
- 20 Technologie
- 22 Finanzen und Steuern



24 Durch bessere Rahmenbedingungen zum Wirtschaften!

- 26 Energiepolitik
- 28 Umweltpolitik
- 30 Unternehmensfreundlichkeit
- 32 Außenwirtschaft

Präambel

Die diesjährige Bundestagswahl steht unter dem Zeichen der Pandemie. Kaum ein anderes Thema bewegt – verständlicherweise – die Menschen derzeit so wie die Bekämpfung des Corona-Virus und die erhoffte Rückkehr zur Normalität. Das geht auch und insbesondere den Unternehmen so. Fast alle wurden in der einen oder anderen Form von den Corona-Maßnahmen getroffen.

Die Rückkehr auf einen stabilen Wachstumspfad wird unserer Ansicht nach die wesentliche Herausforderung, der sich die neue Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode zu stellen hat. Deshalb hat die Vollversammlung der IHK im vorliegenden Positionspapier Wege aus der Krise aufgezeigt. Im Wesentlichen wird es darauf ankommen, mit mehr Engagement für Fachkräfte, mehr Innovationen und mehr Investitionen sowie mit einer zukunftsfähigen Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren.

Abgesehen von den einzelnen fachpolitischen Empfehlungen sollten wir aber auch eines nicht vergessen: Wirtschaftspolitik braucht einen verlässlichen ordnungspolitischen Kompass! In Krisenzeiten ist es verlockend, zuerst den Staat um Hilfe zu fragen. Milliarden schwere Ausgabenprogramme bringen jedoch auch einen im Grundsatz starken Staat irgend-

wann an die Belastungsgrenze. Dabei ist noch gar nicht die Frage gestellt, ob gut Gemeintes immer auch Gutes bewirkt oder nicht zuweilen wirkungslos verpufft oder gar Gegenteiliges bewirkt. Zudem haben wir gesehen, dass staatliche Akteure mit dem Krisenmanagement schnell überfordert sein können.

Es gilt, sich also jetzt zurückzubedenken auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Staat, der denen hilft, die Hilfe benötigen, der aber auch die Rahmenbedingungen schafft, damit sich jeder selbst am Aufbau und der Sicherung unseres Wohlstands beteiligen kann. Die Soziale Marktwirtschaft hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder geholfen, Krisen durch Wachstum zu überwinden und Krisenverlierer aufzufangen.

Wir müssen jetzt die marktwirtschaftlichen Mechanismen wieder in Gang bringen, die in den letzten Jahren immer mehr vernachlässigt wurden. In vielen gesellschaftlichen Bereichen wurden in den vergangenen Jahren die Wachstumsrenditen großzügig (um)verteilt. Zu selten wurde jedoch gefragt, wo der Wohlstand entsteht und welche Voraussetzungen dafür notwendig sind. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass gerade die Corona-Krise manche Schwachstelle aufgedeckt hat, deren Ursache in der Ver-

nachlässigung struktureller Herausforderungen über längere Zeit zu suchen sind. Spätestens jetzt müssen diese Herausforderungen angenommen und bewältigt werden.

Die Wertschöpfung findet in den Unternehmen statt – sie sind die Basis des deutschen Wohlstands. Sie brauchen daher jetzt Entlastungen und Handlungsfreiheiten, um den Wiederaufbau angehen zu können. Eine ambitionierte Reformagenda ist der einzige Weg aus der Krise. Die politischen Parteien sind nun gefordert, eine solche vorzulegen – Anregungen dafür bietet das vorliegende Positionspapier zur Genüge!



Prof. Dr. Steffen Keitel
Präsident



Prof. Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer



Prof Dr. Steffen Keitel
Präsident
der IHK Halle-Dessau



Prof Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer
der IHK Halle-Dessau

Heraus aus der Corona-Krise mit hervorragenden Fachkräften!

Angesichts der demografischen Situation Sachsen-Anhalts ist es besonders wichtig, Fachkräfte zu halten, zu gewinnen und zu aktivieren. Die Corona-Pandemie hat in diesem Zusammenhang verschiedene Reformbedarfe mehr als deutlich aufgezeigt. Zum einen steht das Bildungssystem derzeit unter besonderer Beobachtung: Die pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen haben zu Lernrückständen bei Schülern geführt, die, wenn überhaupt, nur mühsam aufgeholt werden können. Zugleich wurde schonungslos offengelegt, dass hinsichtlich Ausstattung und Lehrmethoden erheblicher Nachholbedarf besteht.

Zum anderen ist fraglich, ob der Arbeitsmarkt noch über die nötige Flexibilität verfügt, um die zu erwartenden negativen Beschäftigungswirkungen der Corona-Krise abfedern zu können. Mittlerweile haben sich vielfältige Einstiegshürden und Verkrustungen am Arbeitsmarkt eingestellt, deren negative Auswirkungen in Zeiten hoher Wachstumsraten größtenteils überdeckt wurden.

Fachkräfte



Ein Neustart nach der Krise hängt ganz besonders von der Verfügbarkeit hervorragender Fachkräfte ab. Es gilt jetzt, dem Arbeitsmarkt neuen Schwung zu verleihen und das Bildungssystem fit für die Zukunft zu machen!

Stimme aus der Wirtschaft

Arbeits- und Fachkräftemangel nennen viele Unternehmer als konkrete Wachstumsbremse. Was ist zu tun?

Michael Schrodke: ... um im Bild zu bleiben, die Politik müsste eine ganze Reihe von Bremsklötzen aus dem Weg räumen! Die Corona-Krise hat offengelegt, was in den vergangenen Jahren falsch gelaufen ist. Weil die Wirtschaft in den Vorkrisenjahren – scheinend – rund lief, wurde der Arbeitsmarkt mit immer neuen Regelungen überfrachtet. Die Folge jetzt: Bürokratie und zu starre Strukturen.

Wo setzt Ihre Kritik konkret an?

Schrodke: Ich denke etwa an Beschränkungen bei der Unternehmerüberlassung, bei Zeitverträgen oder dem Mindestlohn. Was sicher gut gemeint war, Arbeitnehmer schützen und ihnen nützen sollte, wurde schlecht gemacht: Die Politik hat handfeste Hindernisse geschaffen. Diese behindern jetzt den Markt und damit letztlich uns alle. Nach der Krise müssten Unternehmer flexibel reagieren – das aber ist nur schwer möglich.

Und was ist Ihnen ganz persönlich wichtig?

Schrodke: Ich mache mir Sorgen um die Berufsausbildung! Schon vor der Krise haben viele Unternehmen beklagt, dass die Ausbildungsreife vieler junger Menschen sinkt. Schulen, Betriebe und gewerbliche Kammern sollten miteinander und nicht aneinander vorbeireden. Denn das gemeinsame Ziel sind gut ausgebildete und motivierte junge Fachkräfte. Berufsorientierung müsste in allen Abgangsklassen stattfinden, auch in Gymnasien. Jugendliche sollten nicht erst den falschen Weg einschlagen, die Folgen sind hohe Abbrecherquoten, Frust und verlorene Energie. Unser duales Ausbildungssystem ist Vorbild in vielen Ländern, aber wir können das sicher noch besser: Es gilt, die junge Generation für eine Ausbildung zu begeistern, etwa indem man die zuletzt etablierten modernen Medien für multimediale Ausbildung einsetzt, Fahrtwege zur Berufsschule verkürzt und Unterrichtsausfall effektiv bekämpft.



Wenn es ums Durchstarten geht, kennt sich **Michael Schrodke** aus. Weil er wegen eines Reitunfalls nicht mehr Jetpilot werden konnte, sattelte er zum Augenoptikermeister um, studierte Betriebswirtschaft und baute seine Unternehmen auf. Mit seinem Großhandel, Fachgeschäften und Onlineshop ist er in seinem Marktsegment inzwischen der größte Anbieter aus unserer Region. Der IHK-Vizepräsident sieht also klar, wie die sachsen-anhaltische Wirtschaft nach oben kommen kann.



”

Der Arbeitsmarkt wurde in den vergangenen Jahren mit immer neuen Regelungen überfrachtet. Die Folge jetzt: Bürokratie und zu starre Strukturen.“

Arbeitsmarktpolitik

Grundsätze

Arbeitsplätze entstehen nur, wenn Arbeit sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen lohnt. Um Beschäftigungschancen zu erhöhen, muss die Belastung der Arbeit durch Steuern und Abgaben verringert werden. Mindestlöhne verteuern Arbeit ausgerechnet an den Einstiegsschwellen zum Arbeitsmarkt, mit hin erhöhen sie grundsätzlich das Risiko zusätzlicher Arbeitslosigkeit.

Einkommen von Menschen und Armutsvermeidung können nicht nur über Löhne erreicht werden! Gesellschaftliche Solidarität und Umverteilung sind ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft. Sie gleichen hohe Lohnunterschiede aus und decken besondere Bedarfe zum Beispiel bei Familien und Kranken.

Starre Strukturen auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise beim Kündigungsschutz, sichern nur scheinbar langfristige Beschäftigung. Wenn Neueinstellungen für Unternehmer mit hohen Risiken verbunden sind, dann wird dadurch die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindert. Detaillierte Regulierungen von Zeitarbeit und Werkverträgen verringern die Offenheit des Arbeitsmarktes. Nur ein offener, flexibler Arbeitsmarkt gewährleistet eine hohe Beschäftigung! Und ein (hoher) Mindestlohn nützt eben nur dem, der ihn auch tatsächlich bekommt, sprich: in Arbeit ist.

Öffentliche Beschäftigungsprogramme sind meist wenig geeignet, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem verdrängen sie in der Regel dort auf Dauer Arbeitsplätze.

Fachkräfte



Zielführender wären mehr Anreize für Arbeitslose, sich aktiv um eine Beschäftigung zu bemühen, sowie eine spürbare Senkung von Lohnnebenkosten und Abgaben, insbesondere im Niedriglohnbereich.

Handlungsempfehlungen

- Beim Mindestlohn umfangreiche Ausnahmen und Zuschüsse für sogenannte „Problemgruppen“ vorsehen!
- Neben dem Fördern das Fordern nicht vergessen! Wirksame Sanktionsmöglichkeiten müssen geschaffen, ökonomische Anreize für Arbeit gestärkt werden. Lohnabstandsgebot beachten!
- Einfache Arbeit bezahlbar und einträglich machen: Tarifäre und staatliche Belastungen müssen verringert werden. Zur Entlastung des Faktors Arbeit sollten die Beiträge zur Kranken- und zur Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen abgekoppelt werden!
- Priorität für den ersten Arbeitsmarkt! Öffentliche Beschäftigung wie beispielsweise „Ein-Euro-Jobs“ dürfen keine Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt darstellen!
- Rahmenbedingungen verbessern! Faktische Einstellungshürden senken, betriebliche Bündnisse ermöglichen, sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen weiterhin ermöglichen, Flexibilität über Zeitarbeit und Teilzeit weiterhin ermöglichen!



Defizit
am Arbeitsmarkt



Für zwei Personen, die in Rente gehen,
rückt in Ostdeutschland nur ein neuer Erwerbstätiger nach.

Demografie

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt für junge Erwerbstätige maßgeblich von den Möglichkeiten der Kinderbetreuung ab. Der Ausbau der Kinderbetreuung in öffentlichen und privaten Einrichtungen war ein wichtiger Baustein für die Steigerung der Beschäftigungsquote insbesondere von Frauen. Eine weitere Flexibilisierung hinsichtlich Öffnungszeiten und auch frühkindliche Bildungsangebote sind notwendig, um die regionale Fachkräftebasis möglichst umfassend auszuschöpfen.

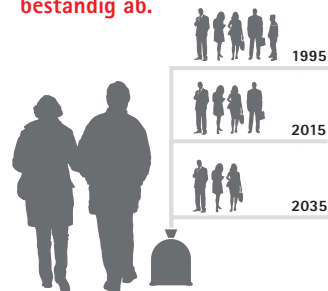
Der Wohlstand einer Gesellschaft hängt entscheidend von der Produktivität und damit maßgeblich nicht zuletzt vom Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen ab. Qualifizierte Zuwanderung ist dabei ein wichtiger Ansatz zur Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials, insbesondere in einer demografisch schrumpfenden Gesellschaft wie der deutschen. Die konsequente Integration von Zugewanderten in den deutschen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Quelle zukünftigen gesamtgesellschaftlichen Wohlstands.

Grundsätze

Um dem Bevölkerungsrückgang und der strukturellen Überalterung entgegenzuwirken, ist eine Erhöhung der Geburtenrate notwendig. Daran hat die Gesellschaft als Ganzes ein Interesse. Die massiven finanziellen Nachteile, die aufgrund unseres Steuer- und vor allem Rentensystems den Eltern bei der Gründung einer Familie entstehen, müssen abgebaut werden.

Fachkräfte

Die Zahl der Erwerbstätigen, die einen Rentner finanzieren, nimmt beständig ab.



Handlungsempfehlungen

- Die Kinderzahl sollte bei der Berechnung der Rentenversicherungsansprüche bzw. der Höhe der Beitragszahlungen viel stärker berücksichtigt werden!
- Einrichtungen zur Kinderbetreuung sollten nicht nur in ausreichender Zahl und zu erschwinglichen Gebühren vorhanden sein. Die Betreuungsangebote sollten auch zeitlich so flexibel gestaltet sein, dass diese mit den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt vereinbar sind!
- Private Betreuungsinitiativen sollten gegenüber öffentlichen Einrichtungen nicht finanziell benachteiligt werden!
- Steuerrecht: Familien- statt Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer; familienfreundliche Beschäftigungsmodelle in Unternehmen auch steuerlich honorieren!
- Integration von Zuwanderern in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen, Qualifikationsanstrengungen intensivieren und großzügige Ausnahmen von starren Arbeitsmarktregulierungen wie Mindestlohn ermöglichen!
- Förderung qualifizierter Zuwanderung: Die Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes müssen besser genutzt werden. Wichtig sind serviceorientierte Ansprechpartner im In- und Ausland und eine schnelle und unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen!



Schulen und Hochschulen

Grundsätze

Für eine erfolgreiche duale Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium müssen die Grundlagen bereits in der Schule gelegt werden. Lesen, Schreiben und Rechnen sind elementare Fähigkeiten, ohne die auch das erfolgreiche Durchlaufen einer dualen Berufsausbildung nicht möglich ist. Die Träger der dualen Ausbildung müssen diese elementaren Fähigkeiten bei Auszubildenden voraussetzen können.

Für optimale Lehr- und Lernbedingungen gibt es kein Patentrezept. Den Schulen sollten daher mehr Freiheiten – finanziell und strukturell – gewährt werden. Zugleich bedarf es aber eines einheitlichen Standards, um die Qualität und Vergleichbarkeit der erworbenen Abschlüsse bundesweit sicherzustellen. Insbesondere die Pandemie hat gezeigt, dass auch die digitale Ausstattung der Schulen weiter vorangetrieben werden muss.

Fach- und Methodenkompetenz sind gleichermaßen wichtig! Denn ohne Methodenkompetenz kann erworbenes Fachwissen in der Praxis nicht angewandt werden. Ohne Fachwissen wiederum gibt es nichts anzuwenden. Das gilt insbesondere für die Wissensvermittlung an Hochschulen. Mindestens so wichtig, wie die Frage, WAS man lernt, ist die Frage, WIE man lernt (und lehrt ...)!

Fachkräfte

Berufsorientierung



der Ausbildungsbetriebe erwarten klarere Vorstellungen von Schulabgängern über Berufsbilder und die Anforderungen an eine Ausbildung

Handlungsempfehlungen

- **Qualitätswettbewerb im Schulsystem befördern durch mehr Autonomie bei Personal und Finanzen sowie der Vermittlung von Inhalten!**
- **Lehreraus- und -fortbildung reformieren, mehr Praxisbezug!**
- **Wirtschaft, Wettbewerb und Unternehmertum weiter als Querschnittsinhalte fächerübergreifend in die Schulausbildung integrieren!**
- **Wettbewerb auch zwischen den Hochschulen stärken! Die Exzellenzstrategie der Bundesregierung muss weiterhin Anreize zu stetiger Leistungsverbesserung durch die Möglichkeit zum Auf- oder Abstieg bieten!**
- **Wirtschaft und Wissenschaft leben von internationalem Austausch. Unser Land muss stärker für ausländische Fachkräfte mit beruflichem und Hochschulabschluss geöffnet und attraktiver werden!**
- **Hochschulen sollten umfassender über Arbeitsmarktperspektiven ihrer Studiengänge informieren!**
- **Digitale Ausstattung der Schulen vorantreiben und Lehrerfortbildungen zu Themen des digitalen Lehrens und Lernens anbieten!**



Aus- und Weiterbildung

Grundsätze

Die duale Ausbildung in Deutschland hat sich bewährt. Sie sichert die Fachkräftebasis und sorgt für eine sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Zudem wird durch die Einbindung der Wirtschaft die Qualität und Praxisrelevanz des Ausbildungssystems gesichert. Und nicht zuletzt bietet das duale System gute Integrationschancen für junge Geflüchtete.

Die Ausbildungsreife junger Menschen ist entscheidend für ihren Erfolg in der Berufsausbildung. Um die Ausbildungsreife der Schulabgänger zu verbessern, müssen allgemeinbildende Schulen weiterhin gestärkt werden. Hierzu gehören zum Beispiel eine adäquate technische Ausstattung und eine ausreichende Anzahl gut qualifizierter Lehrer.

Die duale Ausbildung ist im digitalen Wandel. Die Digitalisierung bringt neue Chancen und Möglichkeiten für die duale Ausbildung. Das digitale Lernen in Betrieb und Berufsschule und die damit verbundenen Bildungspotenziale gilt es einzubinden und weiter zu entwickeln. Die Facharbeiter von morgen werden so auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt vorbereitet.

Berufliche Weiterbildung schützt vor Fachkräftemangel. Aufgabe der beruflichen Weiterbildung ist es, das vorhandene Potential an Fach- und Führungskräften zu heben und zu fördern, um auf diese Weise Know-how in die Unternehmen zu bringen. Kompetenzen können oft berufsbegleitend in Anbindung an die Praxis erworben werden.

Fachkräfte



Handlungsempfehlungen

- Bildungs-/Leistungsniveau der Schulabgänger verbessern!
- Berufliche Bildung stärken und nicht als mögliche „Restgröße“ vernachlässigen – Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung sichtbar machen – keine „Akademisierung um jeden Preis“!
- Berufliche Bildung sollte wohnort- und/oder ausbildungsortnah organisiert werden!
- Berufsorientierung gleichermaßen an Sekundar-, Förderschulen und Gymnasien anbieten!
- Rahmenbedingungen für Digitalisierung der Bildung schaffen und vorhandene Instrumente nutzen!
- Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung aktiv gestalten und erhöhen!
- Wirksame Methoden zur Qualifikation von Langzeitarbeitslosen entwickeln! Längere praxisbezogene – zum Teil individuelle – Weiterbildungen sind verschiedenen kurzen Maßnahmen vorzuziehen!



**Eine Ausbildung sichert
die eigene Beschäftigung**



17 Prozent der erwerbsfähigen Personen
ohne Berufsausbildung sind arbeitslos



Vergleichswert: Nur drei Prozent der erwerbsfähigen Personen
mit einer Berufsausbildung sind arbeitslos

Heraus aus der Corona-Krise durch mehr Investitionen und Innovationen!

Konjunkturprogramme haben während der Krise ihren Sinn und Platz gehabt. Langfristiges Wachstum bewirken sie aber nicht. Dafür sind Innovationen und Investitionen notwendig.

Öffentliche Investitionen bieten Unternehmen die benötigten infrastrukturellen Voraussetzungen. Der Digitalisierungsdruck ist hoch – die Corona-Zeit hat hier als Treiber gewirkt, aber auch Defizite offengelegt.

Wenn es gelingt, die Veränderungsimpulse aufzugreifen und mit Investitionen in die Infrastruktur zu begleiten, dann kann daraus durchaus eine neue Wachstumsdynamik entstehen.

Für langfristiges Wachstum sind zwingend auch Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern, denn Wertschöpfung entsteht in den Unternehmen. Insbesondere das deutsche Steuersystem muss dringend reformiert werden, um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken. Keinesfalls sollte angesichts der coronabedingten Haushaltslage weiter an der Steuerschraube gedreht werden. Der Haushalt lässt sich am besten durch wachstumsgetriebene steigende Steuereinnahmen und eine konsequente Aufgabenkritik und Ausgabendisziplin konsolidieren.

Investitionen
und Innovationen





”

Wir brauchen erstens zusätzliche Fachkräfte, zweitens noch intensivere Investitionen und drittens ein Plus bei unserer Innovativität.“



Technologie und Innovation bestimmen das Tagesgeschäft von **Ralf Irmert**, Geschäftsführer der Trinseo Deutschland GmbH in Schkopau. Der beim dortigen Marktführer hergestellte Spezialkautschuk sorgt dafür, dass Autoreifen leistungsfähiger laufen und Energie sparen helfen. Wenn also jemand sagen kann, wie Deutschland wieder in die Spur kommt, dann ist es der Experte aus dem IHK-Ausschuss für Industrie, Agrar- und Baugewerbe.

Stimme aus der Wirtschaft

Wie muss eine Wirtschaftspolitik „nach Corona“ aussehen?

Ralf Irmert: Sie muss vor allem heraus aus dem Krisenmodus. Der Staat versucht weiter mit Überbrückungsmaßnahmen, die größten Schäden von den betroffenen Unternehmen abzumildern. Solche Programme waren während Pandemie und Eindämmung richtig und wichtig. Aber verschließen wir nicht die Augen: Damit bewahren wir den Unternehmensbestand bestenfalls. Zu mehr Wachstum führt das alles nicht. Wir brauchen also möglichst schnell wieder eine Dynamik wie vor der Krise.

Und wie ist das zu schaffen?

Irmert: Kurz und plakativ gesagt: ein dreifaches „mehr“! Erforderlich sind erstens zusätzliche Fachkräfte, zweitens noch intensivere Investitionen und drittens ein Plus bei unserer Innovati-

vität. Es ist doch so: Die demografische Schere beschneidet unser Fachkräftereservoir. Zusätzlich bedeuten die anstehenden Veränderungen durch den Umbau der Industrie in eine Kreislaufwirtschaft gewaltige personelle und investive Anstrengungen. Deshalb müssen Investitionen und Innovationen die Lücke schließen helfen. Hier sind öffentliche, aber auch private Anstrengungen gefordert. Ohne staatliche Unterstützung wird es nicht gehen.

Wer soll dabei aus Ihrer Sicht was leisten?

Irmert: Die Krise hat uns vor Augen geführt, dass mehr öffentliche Investitionen die digitale Infrastruktur sowohl im Bildungssystem als auch in der Verwaltung dringend verbessern müssen. Auf der anderen Seite braucht aber jedes Unternehmen auch eigene, private Investitionen in seine Wettbewerbsfähigkeit. Hier kann und muss die Politik unterstützen – aber nicht etwa durch mehr Förderprogramme. Vielmehr gilt es, die Eigenkapitalbasis der Betriebe zu stärken. Denn diese hat in der Krise mancherorts gelitten. Ich meine, jetzt sollte der Staat die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft stärken: etwa mit zurückhaltender Besteuerung oder möglichst umfangreichen Verlustrückträgen.

Infrastruktur

Grundsätze

Die Infrastruktur ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Region. Dies gilt für die Verkehrsinfrastruktur, aber auch für die technologische Infrastruktur. So sind leistungsstarke Breitbandanbindungen für Unternehmen genauso unerlässlich wie funktionierende Verkehrswege, eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie eine sichere Entsorgung. Dazu gehören auch langfristig verfügbare Depots in ausreichender Anzahl und Kapazität.

Wie in anderen Bereichen gilt auch und insbesondere für den Bereich Verkehr: Notwendig ist ein bedarfsgerechter und technologieoffener Mix der Verkehrsträger – nicht eine Privilegierung oder Diskriminierung einzelner Verkehrsträger aufgrund bestimmter politischer (und/oder gar ideologischer) Präferenzen.

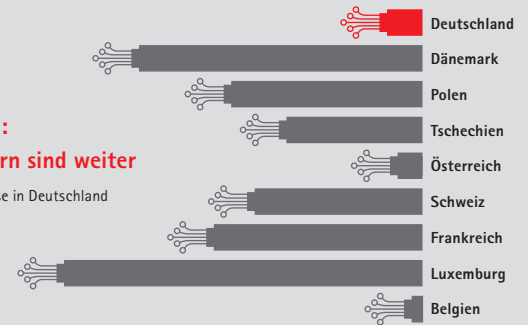
Demografischer Wandel, Investitionsstaus, Qualitätsverluste in den Innenstädten und mangelnde Alleinstellungsmerkmale im zunehmenden Standortwettbewerb signalisieren Handlungsbedarf bei der Sicherung und Stärkung unserer Innenstädte. Aufgrund der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Innenstädte und Stadtteilzentren muss es das Ziel sein, diese als attraktive Zentren und Wirtschaftsstandorte zu entwickeln bzw. zu stärken.

Investitionen
und Innovationen



Handlungsempfehlungen

- Ausreichende und verlässliche Finanzierung für Instandhaltung sowie notwendige Aus- und Neubauten sichern, damit Substanzverzehr stoppen und Engpässe in den Verkehrsnetzen beseitigen!
- A 143, A 14-Nordverlängerung und B 6n schnellstens fertig stellen!
- Bundesverkehrswegeplan 2030 konsequent umsetzen!
- Flächendeckender Breitbandausbau ist eine Daueraufgabe, um bis 2025 den Ausbau der Gigabitnetze in der Fläche zu gewährleisten!
- Trotz intensiverer Kreislauf- und Recyclingwirtschaft werden auch zukünftig neue Deponien erforderlich sein. Eine bessere länderübergreifende Abstimmung zu langfristig notwendigen Deponiekapazitäten ist unerlässlich!
- Städte und Gemeinden benötigen Unterstützung bei der Entwicklung und Stärkung ihrer Zentren. Die Zugänglichkeit zur öffentlichen Städtebauförderung sollte durch einfachere Beantragungsverfahren verbessert werden!



Technologie

Grundsätze

Der Innovationsprozess umfasst neben der Erfindung an sich die praktische Implementierung einer Neuerung im Markt. Das geht nur mit schöpferischen Unternehmern. Der Wettbewerb ist dabei als Entdeckungsverfahren für Innovationspotentiale zu nutzen. Niemand kann die Technologieentwicklung vorhersagen, niemand kann gesichert Zukunftsmärkte identifizieren. Deshalb gilt es, gerade in der Innovationsförderung größtmögliche Offenheit und Flexibilität zu bewahren. Eine branchen- und technologieoffene Innovationsförderung verspricht die größten Erfolge.

Bei der Innovationsförderung kommt es auf den Output an. Mit anderen Worten: Entscheidend ist, dass mit der Innovationsförderung Ergebnisse erzielt werden. Eine Fixierung auf

den Input – z. B. bestimmte FuE-Quoten – ohne Berücksichtigung des Outputs birgt die Gefahr, dass lediglich Kosten gesteigert werden, ohne dass der Nutzen erhöht wird.

In Märkten für digitale Lösungen ist die Innovationstätigkeit derzeit besonders hoch. Die Rahmenbedingungen, die den Umgang mit Daten regeln, weichen international stark voneinander ab. Daten machen aber nicht vor nationalen oder EU-Grenzen halt. Internationale Datenschutzstandards können die Innovationskraft der Wirtschaft sichern und die Digitalisierung voranbringen. Nationale Sonderwege hingegen bergen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen.

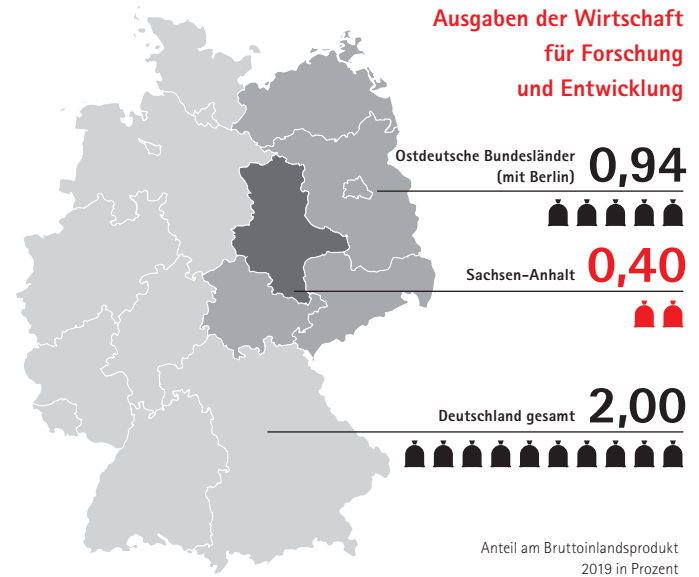


Investitionen
und Innovationen



Handlungsempfehlungen

- Die Forschungsförderung im Allgemeinen sowie die Technologieförderung im Besonderen sollten primär auf die Stärkung von Forschung und Entwicklung (FuE) in den Unternehmen selbst ausgerichtet sein!
- Innovationsförderpolitik sollte sich besonders an den Realitäten und Belangen kleiner und mittlerer Unternehmen orientieren, will sie Breitenwirkung erzielen!
- Unternehmerische Ideen sollten ohne Beschränkung auf politisch vorgegebene Richtungen unterstützt werden. Schwerpunkte können ggf. verstärkend gesetzt werden, dürfen aber keinesfalls ausschließende Wirkung besitzen!
- Die Forschungsförderung sollte verstetigt und an die realen Forschungs- und Entwicklungszeiträume (insbesondere in den Unternehmen) angepasst werden!



- Darlehen oder steuerliche Förderung können im FuE-Bereich die bewährten Zuschussprogramme wie ZIM ergänzen, keinesfalls aber ersetzen!
- Forschungsförderprogramme sollten stärker Output orientiert gestaltet werden. Die Output-orientierung sollte durch eine effektive begleitende Evaluierung sichergestellt werden!

Finanzen und Steuern

Grundsätze

Aufgrund der hohen Steuereinnahmen und geringeren Zinslasten der letzten Jahre wurde die Suche nach Konsolidierungspotentialen auf der Ausgabenseite des Haushalts vernachlässigt. Angesichts der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen kann es ein „Weiter so“ nun nicht mehr geben. Notwendig ist eine konsequente Aufgabenkritik, denn Ausgaben folgen Aufgaben. In Krisenzeiten müssen Prioritäten neu gesetzt werden. Schuldenaufnahme oder Steuererhöhungen sind in der aktuellen Lage gewiss verlockend. Die Haushaltssituation lässt sich langfristig jedoch am besten durch Wirtschaftswachstum verbessern.

Das deutsche Steuersystem wird derzeit aber immer mehr zum Wettbewerbsnachteil – sowohl was die Komplexität als auch was die Steuerlast betrifft. Für Unternehmen wird es

zunehmend schwieriger, die steuerlichen Regelungen im Alltag zu bewältigen. Viele Sondervorschriften und kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheiten. Zudem werden den Unternehmen erhöhte steuerrechtliche Anforderungen an die Dokumentation von Unternehmensprozessen aufgebürdet.

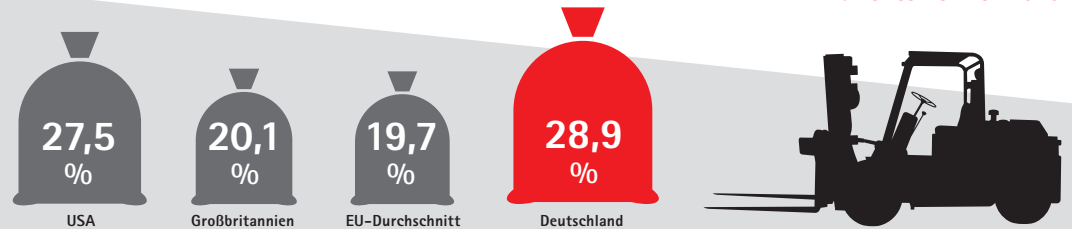
Auch was die Abgabenlast betrifft, sind deutsche Unternehmen im Nachteil. Im internationalen Vergleich liegt die Steuerbelastung zum Teil deutlich unter dem deutschen Niveau. Hinzu kommt, dass in Deutschland in vielen Regionen die Steuerlast sogar noch steigt, weil die Hebesätze der Gewerbesteuer angehoben werden. Anstehende Änderungen bei Grundsteuer und Grunderwerbsteuer lassen zudem weitere Belastungen befürchten.

Investitionen
und Innovationen



Handlungsempfehlungen

- Der Bundeshaushalt muss über die Ausgabenseite konsolidiert werden! Die Schuldenbremse muss konsequent umgesetzt werden!
- Steuerbürokratie konsequent abbauen – Chancen der Digitalisierung nutzen!
- In Steuergesetzen und -verordnungen braucht die Wirtschaft einfache und rechtssichere Regeln. Eine verbesserte Regelung der verbindlichen Auskünfte der Finanzverwaltung würde für mehr Rechtssicherheit sorgen!
- Investitionskraft der Unternehmen stärken und Besteuerung von Kosten zurückführen!
- Gewerbesteuer durch eine gewinnabhängige Kommunalsteuer mit eigenem Hebesatzrecht ersetzen!
- Den Mittelstandsbauch im Einkommensteuertarif abflachen und Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen!
- Steuerpolitik darf die Unternehmensnachfolge nicht erschweren. Aktuelle Regelungen bei Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer und Beteiligungsfinanzierung dürfen keinesfalls verschärft werden!



Heraus aus der Corona-Krise durch bessere Rahmenbedingungen zum Wirtschaften!

Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen ist herausgefordert – nach der Corona-Krise gilt dies besonders. Wenn Politik Rahmenbedingungen gestaltet, so muss sie Wechselwirkungen des internationalen Standortwettbewerbs in den Blick nehmen. In unserem globalen Wirtschaftssystem sind nationale In-sellösungen nicht sinnvoll. Internationale Regeln sind wirkungsvoller als deutsche Sonderwege – dies gilt besonders für globale Aufgaben wie den Klimaschutz.

Wie gut die Rahmenbedingungen zum Wirtschaften vor Ort sind, zeigt sich besonders gut daran, wie viele Menschen sich entschließen, unternehmerisch tätig zu werden. Hier haben wir enormen Nachholbedarf. Einfachere und unternehmensfreundliche Regeln sind ebenso wichtig wie ein aktives Werben für Unternehmertum.

So wichtig die Rahmenbedingungen vor Ort sind, so wichtig ist es auch, Unternehmen die Expansion über die Landesgrenzen hinaus zu erleichtern. Bereits seit der Finanzkrise 2008/2009 schränken immer mehr protektionistische Maßnahmen den internationalen Handel ein – die Corona-Krise hat dies nochmals verstärkt. Dabei hat die globale Wirtschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie leistungsfähig internationale Arbeitsteilung ist und wie rasch eine globalisierte Produktion auf Nachfrageänderungen reagieren kann. Protektionismus macht uns anfälliger für Krisen – nicht umgekehrt!

Heiko Koschmieder ist Geschäftsführer der FEAG Sangerhausen GmbH. Das Unternehmen stellt Elektroanlagen her und liefert diese in die ganze Welt. Heiko Koschmieder weiß also sehr genau, welche Schalter die Berliner Politik nach der Bundestagswahl umlegen müsste. Er ist unter anderem Vorsitzender des Arbeitskreises Außenwirtschaft in der IHK.



Stimme aus der Wirtschaft

Warum fordert die IHK „bessere Rahmenbedingungen“ – wo liegt aus Ihrer Sicht das Problem?

Heiko Koschmieder: Unser Standort leidet unter unnötigen Kosten und überflüssiger Bürokratie. Nehmen wir das Themenfeld Umwelt und Energie: Alle wollen den Kohlendioxidausstoß reduzieren – ja, auch wir Unternehmen! Aber die deutsche Politik organisiert das kompliziert, bürokratisch und teuer. Zusätzlich zum funktionierenden europäischen Zertifikatehandel wird ein gesetzlicher deutscher CO₂-Preis installiert. Werden unsere Wettbewerber auf dem Weltmarkt dies nachahmen? Ich vermute, nein. Die werden sich eher darüber freuen, wenn unsere Produkte dadurch teurer werden ...

Was ist aus Ihrer Sicht zu tun?

Koschmieder: Einfach machen! In der Wirtschaftspolitik muss ein Umdenkprozess einsetzen: Ein immer komplexeres Regelwerk stranguliert die Akteure und gefährdet Verständnis und Akzeptanz. Das heißt: Dokumentations-, Berichts- oder Genehmigungspflichten gehören auf den Prüfstand. Das gilt nicht nur für die Umwelt-, Klima- und Energiepolitik, sondern auch für andere Politikfelder. Ich denke hier etwa an neu gegründete Unternehmen. Deren bürokratische Anforderungen sollten ebenfalls reduziert werden!

Was würden Sie ganz persönlich auf die politische Agenda der kommenden Bundesregierung setzen?

Koschmieder: Als Vorsitzender des IHK-Arbeitskreises für Außenwirtschaft erhoffe ich mir natürlich, dass Deutschland unmissverständlich, konsequent und beharrlich für den freien internationalen Handel eintritt. Nicht erst seit Corona beobachten wir leider, dass die Handelshemmnisse zunehmen: Ich denke hier etwa an fortgesetzte Sanktionen gegen Russland. Die neue Bundesregierung müsste noch stärker auf Dialog und internationale Kooperation setzen. Ich sage: Wirtschaftssanktionen ohne Verhandlungsoption sind der falsche Weg!

Rahmenbedingungen

”

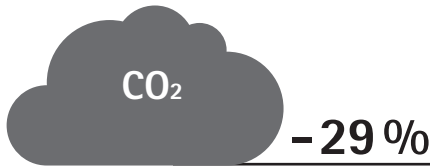
In der Wirtschaftspolitik muss ein Umdenkprozess einsetzen: Ein immer komplexeres Regelwerk stranguliert die Akteure und gefährdet Verständnis und Akzeptanz.“



Energiepolitik



**Sinkende CO₂-Emissionen
zwischen 2005 und 2018**



im ETS (Energiewirtschaft, energieintensive Industrie
und Luftverkehr)



außerhalb (andere Wirtschaftsbereiche,
vor allem privater Sektor)

Grundsätze

Sachsen-Anhalts Wirtschaft ist überdurchschnittlich energieintensiv und daher besonders abhängig von stabilen und wettbewerbsfähigen energiepolitischen Rahmenbedingungen. Energie ist ein essentieller Produktionsfaktor, muss bezahlbar sein und verlässlich zur Verfügung stehen. Die deutsche Energiewende erschwert dies jedoch zunehmend.

Die Berechenbarkeit der deutschen Energiepolitik ist gering und die Stromkosten sind im Vergleich der Industrieländer sehr hoch. Die Energiepolitik ist zudem geprägt von einem hohen Maß an politischer Detailsteuerung und zunehmender Bürokratie.

Dabei verfolgen viele der energiepolitischen Maßnahmen im Kern dasselbe Ziel: Die Reduktion der CO₂-Emissionen. Mit anderen Worten: Die deutsche Energiepolitik dient maßgeblich klimapolitischen Zielen. Dafür steht mit dem europäischen Emissionsrechtehandel ein gleichermaßen effektives und effizientes, weil marktwirtschaftliches Instrument zur Verfügung. Darüber hinaus zum Einsatz gebrachte Instrumente sind nicht nur wirkungslos, sondern verteuern den Klimaschutz auch unnötig.

Die deutsche Versorgungs- und Systemsicherheit in Sachen „Energie“ ist ein hohes Gut und ein wichtiger Faktor im internationalen Standortwettbewerb. Mit steigendem Anteil erneuerbarer Energien fallen Stromerzeugung und -nachfrage räumlich und zeitlich aber zunehmend auseinander. Nach dem beschlossenen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft fallen zudem zwei wichtige Säulen verlässlicher Energieversorgung weg, deren Lücke nur schwer geschlossen werden kann.

Handlungsempfehlungen

- Erneuerbare Energien müssen sich im Markt behaupten: Einspeisevorrang für erneuerbare Energie und EEG sofort abschaffen!
- Alle Netzausbaukosten bundesweit umlegen!
- Industriestandort Deutschland durch wettbewerbsfähige Energiepreise sichern – staatliche Abgaben auf Strom und Energie senken!
- EU-Richtlinien 1:1 umsetzen – keine Übererfüllung in nationalen Alleingängen!
- Energiepolitischen Instrumentenkasten aufräumen, Wechselwirkungen beachten!
- Energiemix ausgewogen gestalten, einzelne Energieträger nicht per se ausschließen!
- Bis wirksame globale Lösungen zum Klimaschutz gefunden werden, müssen energieintensive Unternehmen weiter auf eine Kompensation der Wettbewerbsnachteile, die durch hohe CO₂-Kosten und sonstige Belastungen entstehen, vertrauen können!

Rahmenbedingungen



Umweltpolitik



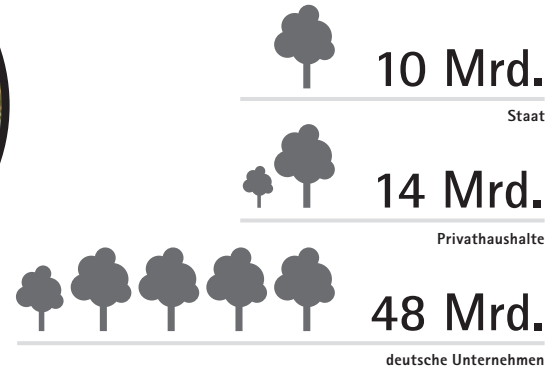
Grundsätze

Nachhaltigkeit hat mehrere Dimensionen. Ökonomische, soziale und ökologische Aspekte sind gleichrangig zu betrachten und bilden ein Ziel-dreieck. Eine umsichtige Umweltpolitik hat alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in den Blick zu nehmen.

Ökonomie und Ökologie sind keine Widersprüche. Sie stehen nicht in einem grundsätzlichen Zielkonflikt zueinander, denn beide dienen dazu, den Menschen dauerhaft eine möglichst hohe Lebensqualität zu sichern. Wenn dennoch Konflikte auftreten, muss, wie in allen anderen Politikbereichen auch, eine Abwägung des erzielbaren Nutzens mit den auftretenden Kosten erfolgen.

Enge umweltrechtliche Anforderungen können technischen Innovationen und Investitionen im Weg stehen und Kosten etwa für technische Anpassungen verursachen oder zusätzliche Dokumentations-, Berichts- oder Genehmigungspflichten hervorrufen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind damit häufig überfordert. Unternehmen werden im internationalen Wettbewerb benachteiligt, wenn umweltrechtliche Anforderungen in Deutschland über EU-Vorgaben hinaus gehen.

Umweltausgaben in Deutschland 2018 (in Euro)



Sachliche Argumente sind zielführender als Alarmismus. Umweltpolitische Debatten sollten keine irrationalen Ängste schüren, sondern auf Argumenten und wissenschaftlich fundierten Fakten – nicht auf Emotionen – beruhen. Dies gilt insbesondere für die Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit bestimmter umweltpolitischer Instrumente. Ansonsten läuft die Politik Gefahr, durch ineffiziente Regulierungen überflüssige Kosten zu verursachen und die eigentlichen umweltpolitischen Ziele zu verfehlen.

Handlungsempfehlungen

- Es sind stets die effizientesten umweltpolitischen Instrumente zu wählen, d.h. diejenigen, die ein gegebenes ökologisches Ziel zu den geringsten ökonomischen Kosten erreichen können!
- Bei Folgeabschätzungen sind nicht allein die Risiken, sondern auch die Chancen eines Projektes angemessen zu berücksichtigen. Denn auch die Unterlassung neuer Projekte oder Technologien birgt Risiken!
- Keine Übererfüllung europäischer Vorgaben! Um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden, darf bei der Umsetzung europäischer Normen in deutsches Recht nicht über das Ziel hinausgeschossen werden!
- Anreize für Wettbewerb stärken! Private Unternehmen dürfen nicht durch rechtliche Regelungen und Verwaltungshandeln benachteiligt werden!
- Im Zuge der europarechtlich zu erwartenden Verschärfung bei der Luftreinhaltung für den Straßenverkehr sollten regionale Flickenteppiche vermieden werden!



Rahmenbedingungen



Unternehmensfreundlichkeit

Grundsätze

Unkenntnis, Klischees und Vorurteile dominieren das öffentliche Unternehmergebild. Insbesondere der Unterricht an Schulen und Hochschulen vermittelt oft keine umfassenden und realistischen Eindrücke zu Chancen, Charakter, Inhalten und gesamtwirtschaftlicher sowie gesamtgesellschaftlicher Bedeutung unternehmerischer Tätigkeit. Wirtschaftliche Selbstständigkeit – sprich: Unternehmertum – wird als alternative Erwerbsform nicht angemessen dargestellt.

Deutschland hat eine „Unternehmerlücke“! Verstärkt wird diese nunmehr durch die Lage vieler kleinerer Unternehmen nach der Corona-Pandemie. Fehlendes Eigenkapital verbunden mit einer Liquiditätsschwäche wird zu Geschäftsaufgaben zwingen. Durch die digitale Transformation bestünde allerdings die Chance zum Neuanfang – Geschäftsidee und Startkapital vorausgesetzt.

Unternehmensgründungen müssen schnell und unbürokratisch erfolgen können. Gründer wollen und müssen sich auf die Etablierung ihres Geschäfts am Markt und auf die Stabilisierung ihres Unternehmens konzentrieren. In dieser „Startphase“ ist ihnen vor allem dann geholfen, wenn bürokratische Lasten auf ein Mindestmaß reduziert und Zugänge zu Finanzierungen erleichtert werden. Auch das Thema Unternehmensnachfolge gewinnt zunehmend an Bedeutung. Eine wachsende Zahl von Unternehmerinnen und Unternehmern sucht einen Nachfolger, der ihr Lebenswerk fortsetzt.



Die Digitalisierung der Verwaltung birgt enormes Potential. Unternehmen können von besserem Datenaustausch zwischen Behörden und schlankeren Prozessen profitieren. Die Verwaltungsverfahren müssen dabei aber auch von Ende zu Ende digitalisiert und für Unternehmer leicht zugänglich sein.

Handlungsempfehlungen

- **Unternehmergeist schon in Schulen und Hochschulen wecken, idealerweise auch unter Einbeziehung von Unternehmen!**
- **Gründerkultur stärken! Insbesondere Gründernetzwerke an Hochschulen müssen mit genügend Ressourcen ausgestattet werden!**
- **Bürokratische Hürden abbauen:
Melde- und Berichtspflichten reduzieren!
Genehmigungsverfahren beschleunigen und vereinfachen!
Steuerliche Erleichterungen für Kleinunternehmer schaffen!
Möglichkeit der Gewerbeanmeldung bei der IHK einrichten!**
- **Konsequente Digitalisierung der Verwaltungsverfahren, um Unternehmen einen vollständig digitalen Zugang zu Leistungen der Verwaltung zu ermöglichen!**
- **Zugang zu Fremdkapital erleichtern – Finanzierungs- und Förderangebote an die neuen Herausforderungen nach der Corona-Pandemie anpassen!**
- **Datenschutz mit Augenmaß – so viel wie nötig und nicht wie möglich!**

Rahmenbedingungen



Außenwirtschaft

Internationale Sanktionen nehmen zu



Grundsätze

Exportierende Unternehmen sind das Rückgrat des kontinuierlichen deutschen Wirtschaftswachstums: Die Internationalisierung ist ein Wachstumsmotor und sichert viele Arbeitsplätze. Deutsches Know-how ist weltweit gefragt. Die Nachfrage aus dem Ausland verstetigt die wirtschaftlichen Wachstumszyklen und hilft, Gewinnschwellen für neue Technologien zu erreichen. Es kommt darauf an, dass möglichst viele Unternehmen von dieser Wachstumsdynamik profitieren können, gerade auch kleine und mittelständische Unternehmen.

Bürokratie erschwert den Außenhandel: Handelshemmnisse im internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr nehmen weiter zu. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Behörden hier in Deutschland den Unternehmen das internationale Geschäft erleichtern und sie von zusätzlichen Vorschriften und Verordnungen entlasten.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Zunahme von Sanktionen bergen die Gefahr, dass handelspolitische Errungenschaften zurückgedreht werden. Die Welthandelsorganisation (WTO/World Trade Organisation) als Hüterin des freien regelbasierten Handels hat an Bedeutung verloren. Handelsabkommen werden zunehmend bilateral statt multilateral geschlossen. Handelskonflikte nehmen weltweit zu. Dadurch entstehen für Unternehmen und Verbraucher auf beiden Seiten enorme Schäden.

Handlungsempfehlungen

- Außenwirtschaftsförderung so offen und unbürokratisch wie möglich gestalten und besser bündeln!
- Europa und der EU-Binnenmarkt müssen jetzt im internationalen Wettbewerb gestärkt werden. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die Stimme der EU in der internationalen Handelspolitik und der Außenpolitik Gehör findet!
- In einem zunehmend protektionistischen Umfeld sollte sich Deutschland gegen Sanktionen und für politischen Dialog einsetzen. Das gilt vor allem für Russland und zunehmend auch für China!
- Deutschland sollte sich für mehr bilaterale Freihandelsabkommen einsetzen!
- Ursprungsregeln vereinfachen und harmonisieren!
- Der EU-Binnenmarkt muss weiter gestärkt werden. Coronabedingt eingeführte Reisebeschränkungen, Meldepflichten und andere bürokratische Hürden dürfen nicht dauerhaft zur Abschottung der Märkte führen!

Rahmenbedingungen





**Eine ambitionierte Reformagenda
ist der einzige Weg aus der Krise!**

Mit hervorragenden Fachkräften!



Durch mehr Investitionen und Innovationen!



Durch bessere Rahmenbedingungen zum Wirtschaften!



Die erste Adresse für die regionale Wirtschaft!

Als unabhängiger Anwalt des Marktes und kritischer Partner der Politik ist die IHK die starke Stimme der regionalen Wirtschaft – über alle Branchen hinweg. Eigenverantwortlich nimmt sie vom Staat übertragene Aufgaben wahr und ist kompetenter, kundennaher und erfolgsorientierter Dienstleister für ihre Mitglieder, die heimische Unternehmerrschaft.





Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau

Franckestraße 5 | 06110 Halle (Saale)

Telefon: 0345 2126-0 | Fax: 0345 2126-105

E-Mail: info@halle.ihk.de

Internet: www.halle.ihk.de

Redaktion

Hendrik Senkbeil

Gestaltung

Jo Schaller & Angela Schubert, Halle (Saale)

Druck

IMPRESS Druckerei Halbritter KG, Halle (Saale)

Abbildungen

Shutterstock (Titelbild, 6, 16, 17, 19, 22, 25, 27, 29)

Thomas Reinhardt (Seite 5, 24)

IHK Halle-Dessau (Seite 5)

Tilo Weiskopf (Seite 7)

stock.adobe.com (Seite 9, 13, 15, 18, 33)

Uwe Köhn (Seite 10)

Marco Warmuth (Seite 17)

VTQ Videotronik GmbH (Seite 20)

GettyImages (Seite 26)

Chemiepark Bitterfeld-Wolfen GmbH/Bertram Kober (Seite 28)

SONOTEC GmbH (Seite 30)

Michael Deutsch (Seite 36/37)

Redaktionsschluss

2. Juli 2021



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau